



Offener Brief an

15.02.2016

**den Landrat Bodo Ihrke,
die Sozialdezernentin Silvia Ulonska,
den Bürgermeister der Stadt Bernau bei Berlin André Stahl,
die Mitglieder der 6. Stadtverordnetenversammlung der Stadt Bernau bei Berlin**

Sehr geehrte Damen und Herren,

durch einen kurzen Artikel der Märkischen Oderzeitung (MOZ) vom 02.02.2016 wurde bekanntgegeben, dass das EJV in Bernau-Waldfrieden ein neues Übergangwohnheim für 200 Flüchtlinge errichten will.

Noch am gleichen Tag haben sich Waldfriedener Bürger bemüht, von Mitarbeitern des Stadtplanungsamtes und von der stellvertretenden Bürgermeisterin, Frau Waigand, eine Auskunft zur Richtigkeit dieses MOZ-Artikels zu erhalten. In beiden Fällen wurde die Antwort gegeben, dass die Stadtverwaltung hierüber bisher keine Kenntnis hat.

Unsere Initiativgruppe hat deshalb am 03.02.2016 um eine Stellungnahme zum Sachverhalt des MOZ-Artikels beim Bürgermeister André Stahl und bei der Kreisverwaltung Barnim gebeten und auf die Tragweite und die resultierenden Probleme eines solchen Neubaus hingewiesen.

Mit großem Erstaunen mussten wir am 09.02.2016 dann den Beitrag in der MOZ "Haus mit 200 Plätzen für Flüchtlinge" zum Bau eines neuen Übergangwohnheimes in Waldfrieden zur Kenntnis nehmen. Dieser Beitrag basierte offensichtlich auf einer eilig verfassten Pressemitteilung des Landkreises Barnim mit dem Titel „Landkreis Barnim plant Ergänzungsneubau für Flüchtlinge in Bernau-Waldfrieden“. Auch die Stellungnahmen des Bürgermeisters André Stahl und der Kreisverwaltung Barnim beruhten auf dieser Pressemitteilung und enthielten keine grundlegenden Neuigkeiten.

Die in der Pressemitteilung enthaltene Aussage von Frau Ulonska, dass es sich um einen Ergänzungsneubau handelt und „Darüber haben Landkreis und Stadt die Anwohner bereits auf einer Bürgerversammlung im vergangenen Jahr informiert“ ist eine Lüge! Auf keiner der beiden Informationsveranstaltungen wurde über einen Ergänzungsneubau gesprochen. Auch die Aussage von Herrn Stahl „Wir können derzeit keine alternativen Angebote unterbreiten“ ist äußerst unglaubwürdig. Denn bereits im Juli 2015 wurde verkündet, dass Bernau zur Errichtung und zum Betrieb von geeigneten Unterkünften für Flüchtlinge bei Bedarf drei Grundstücke zur Verfügung stellen wird. Genannt wurden:

- Grundstücke im Schönfelder Weg,
- Enzianstraße/Ecke Maßliebchenstraße,
- Ladeburger Chaussee 30.

Weiterhin ist in der Pressemitteilung zu lesen, dass der Bauantrag für die neue Flüchtlingsunterkunft bereits eingereicht ist. Damit wird von der Verwaltung die Bestimmung des § 25 Abs. 3 des Verwaltungsverfahrensgesetzes missachtet, denn dort heißt es: „Die Behörde wirkt darauf hin, dass der Träger bei der Planung von Vorhaben, die nicht nur unwesentliche Auswirkungen auf die Belange einer größeren Zahl von Dritten haben können,

die betroffene Öffentlichkeit frühzeitig über die Ziele des Vorhabens, die Mittel, es zu verwirklichen, und die voraussichtlichen Auswirkungen des Vorhabens unterrichtet (frühe Öffentlichkeitsbeteiligung). Die frühe Öffentlichkeitsbeteiligung soll möglichst bereits vor Stellung eines Antrags stattfinden. Der betroffenen Öffentlichkeit soll Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung gegeben werden. Das Ergebnis der vor Antragstellung durchgeführten frühen Öffentlichkeitsbeteiligung soll der betroffenen Öffentlichkeit und der Behörde spätestens mit der Antragstellung, im Übrigen unverzüglich mitgeteilt werden.“

Unsere Initiativgruppe ist nicht damit einverstanden, dass ohne die Information und Einbeziehung der Anwohner Grundsatzentscheidungen dieser Tragweite getroffen und dass somit demokratische Mitbestimmungsrechte nicht eingehalten werden.

Wir unterstützen die Auffassung des Bürgermeisters André Stahl, der die Eröffnung und den Betrieb von gleich zwei Flüchtlingsunterkünften im Ortsteil Waldfrieden für nicht optimal hält. Unsere Initiativgruppe ist der Auffassung, dass es jetzt an der Zeit ist, sich bei der Planung und Errichtung von Neubauten oder Ergänzungsneubauten zur Unterbringung und Integration von Flüchtlingen und Asylsuchenden nicht mehr nur den Sachzwängen des Betriebes von Notunterkünften aus dem Jahre 2015 zu unterwerfen. Es müssen nun auch Faktoren wie Einwohnerzahl, Fläche, soziale Stärke, Infrastruktur und bereits vorhandene Notunterkünfte bei der Planung berücksichtigt werden. Deswegen sollte das bundesweit bewährte Modell des Königsteiner Schlüssels zur gleichmäßigen Verteilung von Flüchtlingen in angepasster Form auch für die Stadt Bernau angewendet werden.

Mit der momentanen Anzahl der bereits in Waldfrieden untergebrachten Flüchtlinge - bei nur 650 Einwohnern - ist eine Belastungsgrenze erreicht und in der Wahrnehmung vieler Anwohner bereits überschritten. Wir warnen vor den Folgen einer Ghettobildung, die einer Integration der Flüchtlinge entgegensteht.

Wir ersuchen daher die zuständigen Stellen, intensiv nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge und nach anderen Plätzen für einen Ergänzungsneubau zu suchen. Möglichkeiten bestehen sicher. So können beispielsweise die bald fertig gestellten Neubauwohnungen in der Mühlenstraße in Bernau genutzt werden oder es kann mit der Investition der genannten 3,5 Millionen Euro in den Erwerb und die Ertüchtigung der ehemaligen Kaserne im Ortsteil Ladeburg ein Übergangwohnheim mit großer Kapazität geschaffen werden. Ein schlüssiges Betreiberkonzept für die ehemalige Kaserne soll bereits im Februar 2015 vom Eigentümer vorgelegt worden sein. Mögliche Grundstücke für einen Ergänzungsneubau wurden von der Stadt schon im Juli 2015 benannt. Auch in den deutlich größeren Ortsteilen Schönow und Ladeburg lassen sich sicher Unterbringungsmöglichkeiten mit mehr Integrationsvorteilen als in Waldfrieden finden.

Wir erwarten von den Adressaten dieses Briefes innerhalb der nächsten zwei Wochen eine schriftliche Antwort, wie sie zu den aufgezeigten Unzulänglichkeiten der Pressemitteilung und dem darin genannten Vorgehen stehen und welche alternativen Möglichkeiten sie uns Waldfriedener Bürgerinnen und Bürgern anbieten können, um eine weitere Erhöhung der momentanen Flüchtlingszahlen in unserem Ortsteil einzuschränken.

Unsere Initiativgruppe fordert außerdem eine kurzfristige Informationsveranstaltung der Verwaltung innerhalb der nächsten vier Wochen und vor Erteilung einer Baugenehmigung. Wir werden weiterhin die Kommunikationsmöglichkeiten der Medien nutzen, um unseren Standpunkt zu veröffentlichen.

Wir Mitglieder der Initiativgruppe Bernau-Waldfrieden verwahren uns dagegen, dass unsere Mitglieder und andere Anwohner unseres Ortsteils - wie bereits auf der zweiten Einwohnerversammlung und in daran anschließenden Publikationen erfolgt - in die "rechte Ecke" diskreditiert werden. Als Beispiel sei hier ein Antwortbrief des Stadtverordneten Gemski aus dem Januar 2016 an eine besorgte Waldfriedener Bürgerin genannt. Wir zitieren dazu aus dem öffentlich zugänglichen Antwortschreiben von Herrn Gemski: „...Alle Behauptungen dass weitere Unterbringungsmöglichkeiten in Waldfrieden (z.B. das demnächst schließende Karibu-Werk) bereitgestellt werden, entbehren jeglicher Grundlage und haben einen z.T. sehr boshafte Hintergrund. Das sind typische Gerüchte, wie sie von neofaschistischen Kräften gestreut werden....“.

Wir sind für ein integratives Zusammenleben mit Flüchtlingen unter Bedingungen und Umständen die das auch zulassen.

Die Mitglieder der Initiativgruppe Bernau-Waldfrieden im Februar 2016

